Omar Santander, Christopher L. Betts, Erin E. Archer, Michael Baldea

On the interaction and integration of production planning and (advanced) process control.

'seit anfang der 80er jahre avancierte 'sexueller kindesmissbrauch' zu einem emotional und moralisch hochgradig besetzten thema der öffentlichen deutschen diskussion. das buch ist einer bestandsaufnahme und kritischen beleuchtung dieses diskurses gewidmet, die zentrale these identifiziert ihn als schnittstelle für zahlreiche psychische und soziale konfliktlagen unserer gesellschaft sowie als vehikel für ideologische und ökonomische interessen verschiedener sozialer gruppen. mittels analysen der einschlägigen, vor allem feministisch geprägten fachliteratur sowie mehrerer deutscher zeitungen (bild, taz, süddeutsche, spiegel, die zeit) werden wesentliche inhalte der debatte vorgestellt sowie methodologisch und problemgeschichtliche trends ermittelt. der zweite teil dient schließlich einer erklärung des gewonnenen diskursprofils: so vermag der blick auf die geschichte der neuen deutschen frauenbewegung vielschichtige feministische eigeninteressen am thema zu demaskieren. die feministisch auf die geschlechterfrage angelegte problemanzeige 'väter als täter' konnte sich allerdings nur deshalb öffentlich durchsetzten, weil sie zu einer debatte um die gefährdung und den schutz von kindern umgedeutet worden ist. dieser diskurs hat seine eigene tradition: es ist das ergebnis (sozio-)historischer prozesse sowie der entwicklung ideeller, teilweise sogar mythisch erhöhter kinder- und kindheitsbilder, die - wie etwa das 'unschuldige' kind - in der missbrauchsdebatte als projektionen wirksam werden konnten, auch andere themenkreise, wie die historisch sich wandelnde einschätzung des stellenwerts von sexualität, der gesellschaftlichen moral- bzw. strafrechtsdiskurs sowie einschlägige soziologische theorien sozialer probleme vermögen es, neue perspektiven auf das gegenwärtig virulente soziale problem 'sexueller kindesmissbrauch' zu eröffnen.'

1. Einleitung

Bereits seit den 1980er Jahren problematisieren sozialwissenschaftliche Geschlechter-forscherinnen und Gleichstellungspolitikerinnen Teilzeitarbeit als ambivalente Strategie für Frauen Vereinbarkeit von Familie und Beruf: Kritisiert werden mangelnde Existenzsicherung, fehlendes Prestige und die geschlechterhierarchisierende vertikale und horizontale Arbeitsmarktsegregation (Jurczyk/ Kudera 1991; Kurz-Scherf 1993, 1995; Floßmann/Hauder 1998; Altendorfer 1999; Tálos 1999). wohlfahrtsstaatlichen Arbeiten wird hervorgehoben, dass Ideologie und Praxis von Teilzeitarbeit, die als "Zuverdienst" von Ehefrauen und männlichen Familieneinkommen konstruiert werden, das male- breadwinner-Modell (Sainsbury 1999) selbst dann noch stützen, wenn dieses angesichts hoher struktureller Erwerbslosigkeit und der Flexibilisierung der Arbeitsverhältnisse bereits erodiert ist. Als frauenpolitisch intendiertes Instrument wird schließlich Teilzeitarbeit verkürzte als "Bedürfnisinterpretation" (Fraser 1994) identifiziert:

Die Arbeitszeitreduktion von Frauen wird als Vereinbarung von Familie und Beruf, nicht aber von Familie und Karriere gedacht und realisiert.

Aus der Sicht von PolitikerInnen, Führungskräften und SozialwissenschafterInnen verlangen hochqualifizierte Funktionen und leitende Positionen, d.h. Arbeitsplätze, die mit Macht, Geld und gesellschaftlichem Ansehen ausgestattet sind, ungeteilten Einsatz, Anwesenheit und Loyalität. Leitbilder von Führung enthalten die Prämisse der "Rund-um-die-Uhr-Verfügbarkeit" im Sinne eines weit über die Normalarbeitszeit hinausgehenden zeitlichen Engage-ments (Burla et al. 1994; Kieser et al. 1995).

Demgegenüber gibt es aber empirische Evidenzen dafür, dass Leitungsfunktionen im Rahmen verkürzter Arbeitszeit wahrgenommen werden können. Ein Beispiel sind öffentlich Bedienstete, die in Österreich zur Ausübung eines politischen Demgegenüber gibt es aber empirische Evidenzen dafür, dass Leitungsfunktionen im Rahmen verkürzter Arbeitszeit wahrgenommen werden können. Ein Beispiel sind öffentlich Bedienstete, die in Österreich zur Ausübung eines politischen Man2002s (Nationalrat, Bundesrat,